

Die Stimme

Erscheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die 6 gespaltene
Borgkette 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei
Wiederholung entsprechend
billiger.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Abonnement
vierteljährlich 1.- Mark
bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Berlin NO. 55,
Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Bollmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Geldsendungen an 23 Rielle, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 13/14.

München a. Donau, den 7. April 1916.

27. Jahrgang

Inhalt: Unsere Jahresabrechnung. — Vorratswirtschaft — eine Zukunftsforderung. — Partei und Gewerkschaften. — Ehrentafel. — Das Schlachtfeld der Arbeit. — Ueberraschungen. — Unsere Kriegswaisenfürsorge! — Aus den Ortsvereinen: Halle. — Rundschau: Die Humboldt-Akademie Freie Hochschule in Berlin. — Die Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Stadt und Land. — Rückzugsstrategie der Schnapsbrenner. — Großstädtische Kartoffelzorg. — Hamsterzorg. — Die schwarze Dame. — Aus der Rechtsprechung: Die mediko-mechanische Behandlung in den Krankenkassen. — Patentschau. — Literarisches. — Zur gefälligen Kenntnisnahme! — Sterbetafel. — Anzeigen.

Dieses Gewerbe lag nach wie vor darnieder, wenn auch eine gewisse Neubelebung nicht zu verkennen ist. Unsere Kollegen haben in der Mehrzahl lohnende Arbeit in der Kriegsindustrie gefunden. Neben der Arbeitslosenunterstützung befindet sich auch in diesem Abschluß ein Posten, der im Statut nicht vorgesehen ist, die **Mietentschädigung**, welcher durch die außergewöhnlichen Verhältnisse hervorgerufen ist, doch beträgt diesmal die Summe nur 797 Mk. gegen 2442 Mk. im Vorjahre. Der Posten für **Streik und Aussperrung** ist angesichts der Verhältnisse diesmal ganz ausgeblieben. Auch für **Reise- und Wanderunterstützung**, sowie **Uebersiedelungsbeihilfe** ist nur die geringe Summe von 644,80 Mk. gezahlt worden. Für **Rechtschutz, Notstandsunterstützung** u. dgl. ist die Summe von 799,240 Mk. verausgabt worden. An **Sterbegelder** ist die Summe von 10 911 Mk. gezahlt worden, eine gewiß beachtenswerte Summe.

Vorratswirtschaft — eine Zukunftsforderung.

(Nachdruck verboten.)

Unsere Gegenwart steht unter dem Zwang der kriegerischen Ereignisse. Alles, was geschieht, hat irgend einen Zusammenhang mit dem Kriege, der mit fortwährender Dauer immer stärker auf allen Gebieten und in allen Verhältnissen fühlbar wird und dessen Wirkungen unsere Lebensgewohnheiten und Einrichtungen zu einem starken Grade umgeformt haben. Für unsere innere Entwicklung bedeutet der Krieg in jeder Beziehung einen gewaltigen Eingriff, der vielfach einen nahezu völligen Stillstand zeitigte und hier sind wir, wo es sich um Weiterentwicklung und Zukunftsfragen handelt, im Abwarten auf die große Entscheidung angewiesen, die ja schließlich einmal kommen muß.

Die Gegenwartsaufgaben dieses gewaltigen Krieges sind so vielseitig und so zwingend und nehmen alle Kräfte des deutschen Volkes so ausschließlich in Anspruch, daß wir an Zukünftiges jetzt kaum zu denken Zeit haben, viel weniger auf irgend einem Gebiet mit der Lösung von Zukunftsaufgaben beginnen oder irgend welche praktische Reformarbeit in Angriff nehmen können. Aber die Lehren und die Folgewirkungen des Krieges geben uns eine Fülle von neuen Aufgaben auf, deren Lösung begonnen werden muß, wenn wir uns die Basis für die neue deutsche Zukunftsentwicklung erkämpft haben werden.

Als eine der dringendsten Zukunftsaufgaben hat sich aus den Lehren des jetzigen Krieges die Notwendigkeit einer Reform unserer Ernährungswirtschaft ergeben. Denn wenn wir bis jetzt auch nicht einen eigentlichen Mangel an Lebensmitteln erlitten, so sind die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt durch die Einwirkungen des Krieges doch in so ungünstiger Weise beeinflusst worden, daß hier vor allem auf Besserung Bedacht genommen werden muß. Stärker als je zuvor ist im Verlauf des Krieges der Interessengegenatz zwischen Konsum und Produktion zum Schaden des ersteren zu Tage getreten und das Bedürfnis nach der objektiven staatlichen Kontrolle, die gegenüber den Produzenten- und Händlerinteressen auch das Recht des Konsumenten schützt, hat sich in zwingender Weise fühlbar gemacht. Es ist immerhin bezeichnend für die Verhältnisse auf dem Wirtschaftsmarkt, daß die Behörden eine ganze Reihe von Zwangsmaßnahmen ins Werk setzen mußten, um einer ungerechtfertigten Warenverteuerung Einhalt zu gebieten. Das wäre freilich auch schon vor dem Kriege mitunter notwendig gewesen und ganz allgemein ist zu wünschen, daß die Erfahrungen des jetzigen Krieges zur Einrichtung einer dauernden, auch nach dem Kriege weiter bestehenden öffentlichen Preisüberwachung führen. Namentlich an der Ernährungswirtschaft, die ja die Grundlage der ganzen Volkswirtschaft bildet, hat der Staat ein dringendes staatspolitisches Interesse, so daß die Ueberwachung dieser Entwicklung, auch da, wo es sich um das Verhältnis zwischen Verkäufer und Käufer handelt, eigentlich eine staatswirtschaftliche Selbstverständlichkeit sein sollte. Es hat sich jetzt im Kriege noch deutlicher als je zuvor erwiesen, daß der subjektive Erwerbssinn einer Kontrolle bedarf, die das Wohl der Allgemeinheit im Auge behält. Wenn unter dem Zwang der Verhältnisse jetzt mit dem Einverständnis der Staatsbehörden kommunale Preisüberwachungsstellen eingerichtet werden, so ist dringend zu wünschen, daß diese Einrichtungen auch nach dem Kriege weiter bestehen und ausgebaut werden. Denn wenn der Krieg vielfach als Vorwand für die Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Waren benutzt wurde, so wird man keineswegs gewillt sein, die einmal in die Höhe getriebenen Preise nach dem Kriege wieder sinken zu lassen, auch dann nicht, wenn die wirklichen oder angeblichen Ursachen der Teuerung nicht mehr bestehen. Eine stärkere Betonung der staatlichen Aufsicht in Bezug auf die Preisbildung ist also für die Zukunft auf alle Fälle zu wünschen.

Unsere Jahresabrechnung.

Zum zweiten Male in dieser schweren Kriegszeit wird unsern Verwaltungstellen die Jahresabrechnung zugestellt, die man im wahren Sinne des Wortes als eine Kriegsabrechnung bezeichnen kann. Allerdings nicht in dem Sinne, wie das feindliche Ausland so gerne die Sache hinstellen mag, als ein Zeichen der langsamen Erschöpfung. Ein großer Teil des deutschen Volkes ist sich nicht bewußt gewesen, welche ungeheure Kraft im eigenen Vaterlande vorhanden war. Die Schuldenlast des deutschen Reiches von vier Milliarden schien manchem Staatsbürger als unerschwinglich. Jetzt hat sich diese Summe beinahe verzehnfacht, ohne daß jemand an der Finanzkraft des Reiches zweifelt. Die Zeichnung auf die vierte Kriegsanleihe beweist aufs neue, daß wir weit von einer Erschöpfung stehen.

Auch unser Gewerksverein hat nicht bloß die schwere Krise nach Ausbruch des Krieges überwunden, sondern die Kassenverhältnisse sind nach und nach in gesunde Bahnen gelenkt worden.

Wir machen daraus allerdings kein Hehl, daß die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt nach Ausbruch des Krieges dazu angetan waren, auch das stärkste Gebäude zu erschüttern, und wir verhehlen nicht, daß uns oft schwere Sorgen erfüllt haben.

Das Vertrauen auf die eigene Kraft ließ uns jedoch nicht erlahmen, sondern vielmehr den Mut und die Schaffensfreudigkeit steigern.

Wir wollen und müssen durchhalten.

Das war unser Leitstern, der uns auch über die größten Schwierigkeiten hinweggeholfen hat. Schon im Jahresabschluß von 1914 konnten wir eine nennenswerte Besserung der Finanzen feststellen, trotzdem gerade in dem darin enthaltenen letzten Kriegsjahr die größten Schwierigkeiten zu überwinden waren. Der dauernd anhaltende günstige Stand auf dem Arbeitsmarkt mußte zur weiteren Gesundung führen, obgleich man damit rechnen mußte, daß durch die ständig wachsende Zahl der Einberufenen zum Heeresdienst ein gewaltiger Ausfall in der Einnahme erfolgen mußte. Trotzdem konnten wir für das verfloßene Jahr an Eintrittsgeldern und Wobehbeiträgen die Gesamtsumme von 101 527,62 Mk.

verzeichnen. Wenn diese Summe auch gegen die der andern Jahre gewaltig zurücksteht, so muß man in Betracht ziehen, daß die Hälfte unserer Mitglieder im Felde steht.

Demgegenüber sind auch die Ausgaben bedeutend zurückgegangen. Im Jahre 1914 haben wir für Arbeitslosenunterstützung die Summe von 73 116,28 Mk. ausgegeben, im Berichtsjahr bedurften wir nur der Summe von 11 480,75 Mk.

Ein Zeichen, daß der Arbeitsmarkt das gehalten hat, was man am Anfang des Jahres erwartete.

Erwähnen möchten wir hierbei, daß dieser günstige Stand keineswegs auf die Holzindustrie zurückzuführen ist.

Unsere Krankenkasse hatte auch im Berichtsjahr mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, standen doch die jüngeren, widerstandsfähigen Mitglieder im Felde. Die Einführung von drei Wartetagen beim Bezug von Krankengeld war daher unerlässlich. Dies hat denn auch wesentlich dazu geführt, daß anstatt 48 485,66 Mk. im Jahre 1914, im Berichtsjahr nur 24 774,20 Mk.

für Krankengeld verausgabt werden durften. Auf die Daheimgebliebenen immerhin eine respektable Summe, mit der so manche Not und Sorge gekindert worden ist.

An Gesamtunterstützungen wurde trotz des günstigen Arbeitsmarktes die Summe von

56 599,95 Mk.

verausgabt. Sehen wir demgegenüber die verminderten Einnahmen, so haben wir keine Ursache, diesen Abschluß als besonders günstig hinzustellen. Gewiß, es geht vorwärts, von Monat zu Monat sind die Verhältnisse besser geworden. Es wäre jedoch töricht, uns über die kommende Zeit hinwegzutäuschen. Die sechs Monate des Jahres 1914 haben gezeigt, welche gewaltige Anforderungen an unseren Gewerksverein gestellt wurden. Wir haben keine Garantie, daß uns nicht ähnliche Verhältnisse bevorstehen. Man soll sich nie in Hoffnungen wiegen. Klar und offen soll man der Gefahr ins Auge blicken. Wir wären schlechte Organisationsleiter, wälkten wir uns Illusionen hin- und her, die später nicht in Erfüllung gehen. Wir sind noch lange nicht am Ende dieses blutigen Völkerringens, so sehrnächstig wir auch den Frieden herbeiwünschen, die realen Tatsachen sprechen für eine längere Dauer des Krieges. Selbst aber auch, wenn im günstigsten Falle der Arbeitsmarkt nach dem Kriege sich einigermaßen günstig gestalten sollte, werden wir doch aller Kräfte bedürfen, um den gewaltigen Anforderungen, die sich durch die Verhältnisse ergeben, gerecht zu werden.

Wir haben daher alle Ursache, unser ganzes Augenmerk auf die Stärkung unserer Finanzkraft zu richten. Wir haben den Beweis erbracht, daß eine derartige Erschütterung, wie die Mobilmachung nicht imstande war, unsern Bau zu gerümmern, sehen wir auch ferner unsere ganze Kraft ein, durch eifrige Werkbearbeitung das zu erreichen, was zur Stärkung unserer späteren Stoßkraft notwendig ist.



**! Kollegen werbt Mitglieder !
für unsern Gewerksverein !**



Die Rassenleistungen des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Nach den Jahresabschlüssen der letzten 10 Jahre.

Jahr	Streit- und Aussperrungsunterstützung		Arbeitslosen- und Reiseunterstützung		Rechtschutz		Krankengeld		Sterbegeld		Uebersiedel-, Notstands- und sonstige Unterstützung		Gesamtunterstützung		Vermögen insgesamt	
	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.
1906	27 697	—	11 891	53	1 425	26	39 905	36	7 925	—	3 372	83	92 127	—	205 787	05
1907	20 158	10	15 889	69	1 327	38	44 334	49	9 155	—	3 223	58	94 086	44	236 519	73
1908	8 897	18	39 219	97	2 784	45	46 538	81	8 673	—	820	—	105 107	39	240 537	03
1909	7 155	40	36 000	91	784	14	42 133	01	8 847	—	5 534	89	100 425	85	255 122	29
1910	21 571	80	38 205	55	1 966	23	40 583	88	10 286	—	7 293	39	109 011	85	271 727	18
1911	22 223	60	27 947	50	1 990	94	41 413	24	11 857	—	7 949	25	113 381	53	272 614	07
1912	21 717	10	24 193	17	1 229	41	43 643	38	11 142	—	13 887	44	115 812	50	294 074	49
1913	24 060	35	38 309	81	1 363	75	46 730	61	9 924	—	9 704	87	130 093	89	288 847	72
1914	16 880	46	73 116	28	381	64	48 485	66	12 896	—	23 075	19	174 835	19	209 420	12
1915	—	—	11 698	80	300	19	24 774	20	10 911	—	8 915	76	56 599	95	234 149	54
Summa:	170 261	49	306 383	21	10 826	09	418 543	64	101 616	—	83 782	09	1 091 511	52		

Aber darüber hinaus tut sich noch eine andere Frage von größter volkswirtschaftlicher u. staatspolitischer Tragweite auf. Es hat sich erwiesen, daß wir auf wirtschaftlichem Gebiete nicht in dem Grade auf einen Krieg vorbereitet waren, wie in militärischer Beziehung. Der gigantische Apparat unserer militärischen Mobilmachung erfüllte reiflos und mit vorbildlicher Präzision seinen vorbestimmten Zweck. Einen ganz erheblichen Anteil hieran hatte das Eisenbahnwesen, dessen riesenhafter Mechanismus sich mit bewundernswerter Sicherheit auf den Kriegsfall einstellte.

Die wirtschaftliche Mobilmachung aber ließ auf vielen Gebieten den Mangel an Disposition, Eifern und vorbereitender Arbeit erkennen. Gewiß ist die Organisationsfähigkeit im deutschen Volke stark ausgebildet und es ist im Verlauf des Krieges durch Organisation Gewaltiges geschaffen worden. Im wirtschaftlichen Leben haben sich, insbesondere auf technischem Gebiete, wahrhaft großartige Umwandlungen vollzogen. Die nur mit den Mitteln einer schon vorhandenen und zurückgebildeten Organisation bewerkstelligt werden konnten. Aber die treibenden Kräfte dieser Umwälzungen waren doch erst die zwingenden Notwendigkeiten und Anforderungen des fortschreitenden

... auf die Ausführungen des „Vorwärts“: „Die sozialdemo-
kratische Partei muß die Forderung, daß die Gewerkschaften
an der Politik des 4. August 1914 unter allen Umständen
den festhalten müssen, deshalb als einen Eingriff in das legiti-
me Selbstbestimmungsrecht der sozialdemokratischen Partei
mit aller Entschiedenheit „ablehnen“, antwortet das „Cor-
respondenzblatt“: Mit dem „Vorwärts“ darüber zu streiten,
erscheint uns zwecklos, denn wir halten ihn nicht für befugt, na-
mens „der sozialdemokratischen Partei“ Erklärungen abzu-
geben, seitdem er wiederholt in aller Form von den verantwort-
lichen Parteinstanzen desavouiert worden ist, und private Mei-
nungsäußerungen des vierten Stockwerks der Lindenstraße 3
gehen uns nur soweit an, als wir unsern Lesern zu zeigen
haben, wie an jener Stelle die deutschen Gewerkschaften einge-
schätzt werden. Die Politik des 4. August 1914 ist genau so
wie die Politik des Koalitions-, des Vereins- und Versamm-
lungsrechts, des Arbeiterschutzes, der Arbeitsversicherung, der
Arbeitervertretung, der sozialen Hilfe für die Opfer des Krie-
ges — eine Angelegenheit, die für die Gewerkschaften gleich
wichtig ist, wie für die Partei. Sie ist, solange die gegen-
wärtige Kriegslage anhält, für uns der Sammelbegriff
aller Existenzinteressen der Gewerkschaften und
auch, wie die Beschlüsse der zuständigen Körperschaften beweisen,
— der Partei. Den Gewerkschaften ein Mitbestim-
mungsrecht auf diese Politik bestreiten, das heißt die Existenz
der Gewerkschaften auf Gedeih und Verderb der Partei auslie-
fern. Das wäre schon gegenüber einer Partei, deren politi-
sche Haltung man ein unbegrenztes Vertrauen entgegen-
bringen könnte, bedenklich, denn der Parlamentarismus bedarf
der Kontrolle der Organisationen. Geradezu gefährlich wäre
es aber angesichts der gegenwärtigen Strömungen in der Par-
tei, von denen eine sich an die Disziplin wenig kehrende Min-
derheit der Reichstagsfraktion bestrebt ist, diese feste Haltung
der Partei umzustößen. Daß die Gewerkschaften solcher Ent-
wickelung der Dinge nicht teilnahmslos zusehen können, sollte
man ohne lange Auseinandersetzungen verstehen. „Ein Wort
der Gewerkschaften als solche gibt es nicht! Erst recht nicht
aber eine Beeinflussung der Parteitag- und Parteibe-
schlüsse durch einen Kreis von Gewerkschaften“,
ruft der „Vorwärts“ aus. — Hoffentlich ist man sich wenig-
stens in seinem Kreise darüber völlig im klaren, wohin diese
Grundsätze „gemeinsamer Arbeiterpolitik“ führen müssen!

(Schluß folgt.)

Partei und Gewerkschaften.

111.

Den in der letzten Nummer der „Eiche“ gebrachten Aus-
führungen des „Vorwärts“ blieb naturgemäß das „Correspon-
denzblatt“ die Antwort nicht schuldig. In Nummer 5 vom 29.
Januar 1914 bringt das Blatt unter dem vom „Vorwärts“ ge-
wählten Titel „Wo hin die Reise geht“, eine längere
Erwiderung. Eingangs wird darin zunächst festgestellt, daß der
„Vorwärts“, der während des ersten Kriegsjahres nahezu alle
erdenklichen Ueberzeugungen und Haltungen erprobt hat und
sich seitdem darin gefällt, als „Centralorgan der Partei“ den
striktesten Gegensatz zu den berufenen Parteipräsentation-
en zu markieren, der soweit geht, sogar Kundgebungen des
Parteivorstandes die Aufnahme zu verweigern, sich auf ein-
mal gemüßigt fühlt, dem „Correspondenzblatt“ gegenüber als
Parteivertretung sich zu gebaren und seine Auffassungen namens
der Partei zurückzuweisen. Das „Correspondenzblatt“ fährt
dann weiter fort: Wir sind über diese Anmaßung keineswegs
erstaunt, sondern eher belustigt, denn es wäre uns ein leichtes,
nicht bloß Duzende, sondern selbst Hunderte von Erklärungen
und Neußerungen sozialdemokratischer Vertretungen und Or-
gane zusammenzutragen, die den „Vorwärts“ so entschieden
desavouieren, daß von seiner Berufung, namens der Partei
zu reden, nur die eigene Einbildung zurückbleibt. Wir
halten auch Polemiken mit dem „Vorwärts“ aus wiederholter
Erfahrung für nutzlos, denn die „Vorwärts“-Redaktion beliebt
die Methode, über irgendwelche Neußerungen von uns oder
Neußerungen Dritter über uns herzufallen, uns als Schädlinge
für die Arbeiterbewegung zu verleumden, unsere Widerlegun-
gen aber totzuschweigen. Sie verzichtet auf jede Ent-
gegnung oder Gegenbeweis mit der stereotypen Erklärung, daß
es ihr unter der Zensur nicht möglich sei, uns ausreichend zu
antworten. Die Rücksicht auf die Zensur hinderte aber den
„Vorwärts“ nicht, uns vorher anzufallen. Nach seinen An-
standsgriffen sollen wir uns nach seinem Gutdünken angreifen
und verächtlich lassen, aber auf einen weiteren Ausrag sol-
cher Polemiken verzichten. Die Berufung auf die Zensur ist
durchaus unehrlich, denn ein geschickter Schriftleiter kann
auch unter der Zensur in sachlicher Weise sagen, was zu sagen
wäre; aber Unfähigkeit und Unehrlichkeit hüllen sich in das
Mäntelchen der Zensur und heißen sich lieber selbst die Zunge ab, um
Mitleid zu erregen und Protesten zu machen.

Diese Ausführungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wün-
schen übrig. Allerdings ist jedoch, daß unsere Mitglieder sich
diesbezüglichen merken, denn nur zu sehr ist es in unserer aller
Erinnerung, daß es eine Zeit gab, in der durch den „Vorwärts“ und
den andern sozialdemokratischen Blätterwald der ganze partei-
und gewerkschaftliche Unrat auf die deutschen Gewerkschaften

... auf die Ausführungen des „Vorwärts“: „Die sozialdemo-
kratische Partei muß die Forderung, daß die Gewerkschaften
an der Politik des 4. August 1914 unter allen Umständen
den festhalten müssen, deshalb als einen Eingriff in das legiti-
me Selbstbestimmungsrecht der sozialdemokratischen Partei
mit aller Entschiedenheit „ablehnen“, antwortet das „Cor-
respondenzblatt“: Mit dem „Vorwärts“ darüber zu streiten,
erschient uns zwecklos, denn wir halten ihn nicht für befugt, na-
mens „der sozialdemokratischen Partei“ Erklärungen abzu-
geben, seitdem er wiederholt in aller Form von den verantwort-
lichen Parteinstanzen desavouiert worden ist, und private Mei-
nungsäußerungen des vierten Stockwerks der Lindenstraße 3
gehen uns nur soweit an, als wir unsern Lesern zu zeigen
haben, wie an jener Stelle die deutschen Gewerkschaften einge-
schätzt werden. Die Politik des 4. August 1914 ist genau so
wie die Politik des Koalitions-, des Vereins- und Versamm-
lungsrechts, des Arbeiterschutzes, der Arbeitsversicherung, der
Arbeitervertretung, der sozialen Hilfe für die Opfer des Krie-
ges — eine Angelegenheit, die für die Gewerkschaften gleich
wichtig ist, wie für die Partei. Sie ist, solange die gegen-
wärtige Kriegslage anhält, für uns der Sammelbegriff
aller Existenzinteressen der Gewerkschaften und
auch, wie die Beschlüsse der zuständigen Körperschaften beweisen,
— der Partei. Den Gewerkschaften ein Mitbestim-
mungsrecht auf diese Politik bestreiten, das heißt die Existenz
der Gewerkschaften auf Gedeih und Verderb der Partei auslie-
fern. Das wäre schon gegenüber einer Partei, deren politi-
sche Haltung man ein unbegrenztes Vertrauen entgegen-
bringen könnte, bedenklich, denn der Parlamentarismus bedarf
der Kontrolle der Organisationen. Geradezu gefährlich wäre
es aber angesichts der gegenwärtigen Strömungen in der Par-
tei, von denen eine sich an die Disziplin wenig kehrende Min-
derheit der Reichstagsfraktion bestrebt ist, diese feste Haltung
der Partei umzustößen. Daß die Gewerkschaften solcher Ent-
wickelung der Dinge nicht teilnahmslos zusehen können, sollte
man ohne lange Auseinandersetzungen verstehen. „Ein Wort
der Gewerkschaften als solche gibt es nicht! Erst recht nicht
aber eine Beeinflussung der Parteitag- und Parteibe-
schlüsse durch einen Kreis von Gewerkschaften“,
ruft der „Vorwärts“ aus. — Hoffentlich ist man sich wenig-
stens in seinem Kreise darüber völlig im klaren, wohin diese
Grundsätze „gemeinsamer Arbeiterpolitik“ führen müssen!

Auf die Bemerkung des „Vorwärts“, nicht die Gewerk-
schaften als solche hätten über die sozialdemokratische Politik
mitzusprechen, sondern nur die Gewerkschaften in ihrer
Eigenschaft als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei,
antwortet das „Correspondenzblatt“: Die Gewerkschaften als
solche erblicken in der sozialdemokratischen Partei seither ihre
politische Interessensvertretung, mit der sie daher auch bislang
zwar in der Vertretung ihrer diesbezüglichen Forderungen zu-
sammengearbeitet haben. Sie haben mit der Partei die großen
Arbeitschutzaktionen und Koalitionsrechtskämpfe gemeinsam
durchgeführt, sie haben seit 1900 die sozialpolitische Vor-
arbeit übernommen und die Durchführung der sozialpolitischen
Gesetze unter gewerkschaftlicher Kontrolle gestellt. Sie lei-
sten auf wesentlichen Gebieten der praktischen Politik der Partei
heute die Hauptarbeit und sie haben seit dem Kriegsbe-
ginn mit der Partei in allen Fragen der Kriegsvorsorge zusam-
mengewirkt, wobei der größte Teil der Aufgaben in finanzieller
und in werktätiger Hinsicht den Gewerkschaften zufiel.
Und angesichts dieser Lage der wirklichen Verhältnisse wagt
der „Vorwärts“ den Gewerkschaften jedes Mitsprache n
über die sozialdemokratische Politik zu bestreiten? Nicht als
feste Organisationen, sondern höchstens als einzelne Person ohne
Zusammenhang, als desorganisierte „Genossen“ könnten die Ge-
werkschaften über Dinge mit sprechen, die zu drei Vierteln
der Tätigkeit der Gewerkschaften zu danken sind?

Herablassend erklärt der „Vorwärts“: Man habe auf den
verschiedensten Parteitagungen, die Mitarbeit der in den gewerkschaftlichen
Organisationen vertretenen Arbeiter und ihre Or-
ganisationsleiter“ stets begrüßt und keineswegs gering geschätzt,
habe betont, daß Partei und Gewerkschaften eine innere Ein-
heit darzustellen hätten, die aber natürlich nur auf der Grund-
lage der Grundsätze der Partei und der Zugehörigkeit zur
sozialdemokratischen Organisation möglich sei.

Auch hier soll also die Partei das richtunggebende Ele-
ment der inneren Einheit sein, soll das Uebergewicht der Partei
und der sozialdemokratischen Organisation stabilisiert werden.
Anders kann sich der „Vorwärts“ eine innere Einheit von
Partei und Gewerkschaften nicht vorstellen, als die Gewerk-
schaften unter der Oberhut der Partei. Aber der „Vorwärts“
vergißt, daß zu solcher Einheit immer mehrere gehören, und
daß die Mehreren sich nicht allein über die Grundsätze des
Vereins, sondern vor allem über die Grundsätze des Zusammen-
arbeitens der einen und a n d e r n verständigen müssen.

Das Gewerkschaftsblatt verteidigt dann eingehend die
Stellungnahme zur Politik des 4. August 1914, die der
„Vorwärts“ für einen im Wirbelsturm sich über-
stürzenden Ereignisse gefaßten Zufallsbe-
schluß erklärt hatte. Die Partei, so bemerkt das Blatt wei-
ter, ist dabei bisher gut aufgehoben gewesen, denn Parteivor-
stand, Parteiauschuß und Reichstagsfraktion haben während
des Krieges das Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung besser
gewahrt wie der „Vorwärts“ mit seiner Karussellpolitik.



Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen er-
legenen Kollegen des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter
Deutschlands.

Der Zentralverband christlicher Holz-
arbeiter Deutschlands hat abermals einen schweren Verlust
erlitten. Der „Holzarbeiter“, das Organ des Verbandes mel-
det den Tod des Bezirksbeamten von München Alois
Heinrich, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl., welcher bei
den schweren Kämpfen um Verdun den Heldentod erlitten hat.

Ehre seinem Andenken.



Ueberraschungen.

Solche kann's geben, wenn der Mann aus dem Felde heim-
kommt! Und nun ihr Kameraden, erlaubt mir eine Bitte: keine
schlechten Witze! Die liegen stielchen manchen auf der Zunge.
Aber mit Witz, Güte oder schlechten, wird in Sachen des
Hauzes und der Familie nichts Erstrebbares erreicht. In des
Herzens Grund liegt überall der Lustigkeitskeim, tiefbeglückende
Gedante an Heimat, Weib und Kind; und die gleichen Hoff-
nungen spielen in Millionenherden von eurem Heim hinüber zu
euch in Front und Etappe. Die Väter halten fest! Liebe ist
alt und ewig jung. Drum hütet wie einen Augendick um
ruhiges Geseh' zähne und Tränen!

Der Mann, der heimkommt, ist anders geworden, als zur
Zeit der Auszüge. Er mußte anders werden. Wer sich diese
harte Normwendigkeit von verarbeiteten klar macht, kommt über
alles leicht hinweg. Merkt allein unter Männern liegen,
trotz des schmerzlichen Abschieds Strazzen tragen, mit Gewehr
und Koffer, mit dem Proß und Strauß als händigen Genossen
haben, in der fremden Feldschlingung leben — das ändert Art,
Tun und Verhalten. Nicht rauber, nicht rauber, nicht herrlich
ist er geworden; einzelne mögen so zurückkommen; aber
das war die Norm. Nein, die meisten werden doppelt sich
nach Hause sehnen, nach Beschäftigung, nach Ausruhen, nach vol-
lem Fortkommen. Aber anders werden sie alle sein. Darum
läßt ihr subtile nicht behandeln, als wären sie getrennt er-
wappungen und humpelten sich sehr gleich um Miere und
Pest, doch um Schwelgen ihrer Kinder, und ur-

Kleid, das sich die Nachbarin angeschafft. Unsere Welt des All-
tags werden sie gern teilen; aber man soll ihnen Ruhe
lassen! Sie müssen sich wieder zurechtfinden. Dazu gehört Rück-
sicht, Verständnis. Die Heimkehrenden wollen auch nicht ge-
plagt und überfallen werden und nicht nur neugierig ausge-
fragt sein. Sie wollen ihr Heim wiederfinden als den höchsten
Preis, um den sie gekämpft. Darum muß ein goldener Schein
denn leuchten, der nicht mit Kleinigkeiten sofort verhängt wird.
Nicht müssen wir sein, heitres, großes Licht.

Die Frau aber, die euch zuhause erwartet, ist auch anders
geworden. Auch sie mußte anders werden. Sie stand auf eigen-
nen Füßen. Selbständig mußte sie fertig werden mit sich und
ihren Kindern, mit Haushalt, Not, und vielen Dingen. Sie
hat sich's abgewöhnt, bei allem zuerst zu fragen, darf ich das?
Handeln und entscheiden war ihre Pflicht und sie hat es ge-
lernt. Fragen, die sonst nie an sie selbst herangekommen waren,
mußte sie selbständig beantworten: „er“ war ja nicht da. Sie
stand an der Windseite des Lebens, wo sonst der Mann den
ersten Sturm auffing. Sie ist nicht fremder geworden, nicht
rauber, nicht herrlicher; einige mögen so geworden sein, aber
notwendig war das nicht. Wohl aber wurde sie anders. Ihre
Haltung wechselte. Sie stand am Walzstein oder trug Briefe
aus, sie fuhr auf der Elektrischen und grub im Graben; überall
da, wo „er“ bisher war, griff sie zu und so wuchs sie mit ihrer
ungewohnten Arbeit. Auch diese Frauen sehnen sich wieder aus
vollem Herzen nach der Heimat, nach traulichem Zusammenleben,
nach der früheren Arbeitsteilung im Hauze. Auch sie sind
glücklich, wenn es wieder wird, wie „ein“! Nur verdient sie

Auf die Ausführungen des „Vorwärts“: „Die sozialdemo-
kratische Partei muß die Forderung, daß die Gewerkschaften
an der Politik des 4. August 1914 unter allen Umständen
den festhalten müssen, deshalb als einen Eingriff in das legiti-
me Selbstbestimmungsrecht der sozialdemokratischen Partei
mit aller Entschiedenheit „ablehnen“, antwortet das „Cor-
respondenzblatt“: Mit dem „Vorwärts“ darüber zu streiten,
erschient uns zwecklos, denn wir halten ihn nicht für befugt, na-
mens „der sozialdemokratischen Partei“ Erklärungen abzu-
geben, seitdem er wiederholt in aller Form von den verantwort-
lichen Parteinstanzen desavouiert worden ist, und private Mei-
nungsäußerungen des vierten Stockwerks der Lindenstraße 3
gehen uns nur soweit an, als wir unsern Lesern zu zeigen
haben, wie an jener Stelle die deutschen Gewerkschaften einge-
schätzt werden. Die Politik des 4. August 1914 ist genau so
wie die Politik des Koalitions-, des Vereins- und Versamm-
lungsrechts, des Arbeiterschutzes, der Arbeitsversicherung, der
Arbeitervertretung, der sozialen Hilfe für die Opfer des Krie-
ges — eine Angelegenheit, die für die Gewerkschaften gleich
wichtig ist, wie für die Partei. Sie ist, solange die gegen-
wärtige Kriegslage anhält, für uns der Sammelbegriff
aller Existenzinteressen der Gewerkschaften und
auch, wie die Beschlüsse der zuständigen Körperschaften beweisen,
— der Partei. Den Gewerkschaften ein Mitbestim-
mungsrecht auf diese Politik bestreiten, das heißt die Existenz
der Gewerkschaften auf Gedeih und Verderb der Partei auslie-
fern. Das wäre schon gegenüber einer Partei, deren politi-
sche Haltung man ein unbegrenztes Vertrauen entgegen-
bringen könnte, bedenklich, denn der Parlamentarismus bedarf
der Kontrolle der Organisationen. Geradezu gefährlich wäre
es aber angesichts der gegenwärtigen Strömungen in der Par-
tei, von denen eine sich an die Disziplin wenig kehrende Min-
derheit der Reichstagsfraktion bestrebt ist, diese feste Haltung
der Partei umzustößen. Daß die Gewerkschaften solcher Ent-
wickelung der Dinge nicht teilnahmslos zusehen können, sollte
man ohne lange Auseinandersetzungen verstehen. „Ein Wort
der Gewerkschaften als solche gibt es nicht! Erst recht nicht
aber eine Beeinflussung der Parteitag- und Parteibe-
schlüsse durch einen Kreis von Gewerkschaften“,
ruft der „Vorwärts“ aus. — Hoffentlich ist man sich wenig-
stens in seinem Kreise darüber völlig im klaren, wohin diese
Grundsätze „gemeinsamer Arbeiterpolitik“ führen müssen!

Sie können nur dazu führen, die innere Einheit von Par-
tei und Gewerkschaften auf andere Weise zu lösen, als dies
seither von beiden mit Erfolg erstrebt wurde, — zu lösen
durch eine Kalkulation der Gewerkschaften, die naturgemäß
eine Abkühlung des Verhältnisses zwischen beiden nach sich
ziehen würde. Man braucht den Gewerkschaften nur zu erklä-
ren, daß sie in den großen gemeinsamen Lebensfragen der
Arbeiterbewegung „kein Wort zu sagen“ haben, und
ihre Interesse an der ferneren Aufrechterhaltung des Mann-
heimer Abkommens müßte als erledigt gelten. Wir wollen
keine Untersuchungen darüber anstellen, wer dabei das meiste
zu verlieren hätte, — das mögen diejenigen tun, die auf eine
solche Lösung hindrängen. Für uns möge es genügen, zu zei-
gen, „wo hin die Reise geht“, wenn die Partei der Po-
litik des „Vorwärts“ folgen würde.

Das Schlachtfeld der Arbeit.

In dieser Zeit des Weltkrieges, wo Tausende und Aber-
tausende von blühenden Menschenleben vernichtet werden,
spielen die einzelnen Menschenleben nur eine untergeordnete
Rolle. Und doch dürfen wir auch in dieser schweren Zeit an dem
Schlachtfeld der Arbeit nicht achtlos vorübergehen, welches
durch unsere weitverbreitete Industrie und Erwerbsverhältnisse
infolge von Unfall hervorgerufen wird.

9401 Tote, 124086 Schwerverwundete.

Das ist das Ergebnis der vom Reichsversicherungsamt kürzlich
veröffentlichten Statistik der Unfallversicherung im
Jahre 1914.
Im Gesamtbereich der reichsgesetzlichen Unfallversicherung
wurden im Jahre 1914 704 973 Unfälle gemeldet. Von diesen
wurden jedoch nur 124 086 als entschädigungspflichtig aner-
kannt. Als Folgen der Unfälle wurden festgestellt: In 9401
Fällen der Tod des Verletzten und 793 Verletzte waren dauernd
dauernd, teils vorübergehend erwerbsunfähig. Die Reiz-
ung der Versicherungsträger, aus Ersparnisrücksichten die
Unfallfolgen möglichst leicht zu beurteilen, ist bekannt, das er-
klärt auch die geringe Zahl der als dauernd völlig erwerbslos
anerkannten Verletzten. In Wirklichkeit dürfte die Zahl derer,
die infolge eines Unfalls ihre Erwerbsfähigkeit völlig einge-
büßt haben, weit größer sein.

Die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen läßt sich
nicht genau feststellen, da die 17 403 000 Versicherten, mit
denen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften rechnen,

ebenso zarte Rücksicht und volles Verständnis. Sie hat mit
ihrem Mann ihr Heim verteidigt, auch wo es nicht leicht war.
Das will anerkannt werden nicht mit Lobsprüchen, noch weniger
mit Gönnermiene, sondern mit voller Ehrlichkeit.

So schuf der Krieg wirkliche Kameraden, die ihre Kam-
mer herzlich gerne miteinander teilen, von denen aber beide
aus neuen Lebens Beher tranken auf andere, als bisher ge-
wohnte Art. In des Herzens Grund sind beide gleich geblieben.
Aber beide wuchsen. Sie blieben die „Alten“ und wurden doch
wieder jung. Das sind fröhliche Ueberraschungen. Ja, in ihnen
ruht das höchste Glück, das einer neuen großen Zukunft. Nur
siehe jeder den andern an mit glühendem, stolzem und dankbarem
Auge. Dann, dann deutsche Heimat Hurrah! Dann füllt sich
das Leben wieder mit gemeinsamer Kraft und verstehender
Liebe. Ach Gott! Laßt nur den Frieden kommen. Dann wird
das alles von selbst sich finden und, was die Not auseinander-
reißt, findet sich zehnfach traulich nach überstandener Gefahr zu-
sammen. Der Krieg hat nicht gerüttelt an dem deutschen Harz.
Fester und wertvoller nur hat er es gemacht. Wir wissen jetzt
erst recht, was wir an der Heimat haben. Und die größte
Ueberraschung war die: daß es im Vaterland weit herrlicher
aussieht, als man sich das vorher träumen ließ. So freut sich
jedermann, bis die Heimat Mann und Frau wieder zusam-
menbindet. Stolz klingt der wehrhafte Ruf von Deutschland
zu allen Freuden über Land und Meer: „Mein Haus — meine
Burg!“

auf einer Schätzung beruhen, die sich auf die Ergebnisse der Betriebsstatistik vom Jahre 1907 stützt. Die Unfallstatistik rechnet mit insgesamt 27 964 684 versicherten Personen, wobei allerdings etwa 3,3 Millionen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, doppelt gezählt sind.

Die 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften umfassen 9 451 618 versicherte Personen oder 8 274 900 Vollarbeiter zu 300 Arbeitstagen. Im Jahre 1913 wurden 9 476 233 Vollarbeiter gezählt, es ist somit ein Rückgang um 12,7 Prozent eingetreten. Das ist eine Wirkung des Krieges, durch den der Industrie eine große Menge von Arbeitern entzogen wurden. Die Statistik ergibt aber nicht nur eine Verminderung der Zahl der Arbeiter, sondern auch eine Herabsetzung der Löhne. Während im Jahre 1913 auf 9 476 233 Vollarbeiter eine Jahreslohnsumme von 11 516 973 458 M. kommt, beträgt im Jahre 1914 bei 8 274 900 Vollarbeitern die Jahreslohnsumme nur 9 906 664 941 M. Hiernach ist der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Vollarbeiters von 1215 M. im Jahre 1913 auf 1197 M. im Jahre 1914 zurückgegangen.

Der Herabminderung der Löhne steht eine Steigerung der Unfallhäufigkeit gegenüber. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden 514 975 Unfälle gemeldet oder 62,23 auf 1000 Vollarbeiter; im Jahre 1913 waren auf 100 Vollarbeiter 61,33 Unfälle gekommen. Eine Entschädigung erhielten allerdings nur 66 580 Arbeiter oder 8,05 auf 1000 Vollarbeiter gegen 7,91 im Jahre 1913. Unter den Verletzten, die einen entschädigungspflichtigen Unfall erlitten hatten, waren 2772 erwachsene Frauen und 2265 männliche und 273 weibliche jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Die 5992 tödlich Verlegten hinterließen 3954 Witwen, 8767 Kinder und Enkel und 260 Verwandte in aufsteigender Linie.

Die durchschnittliche Unfallhäufigkeit bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften beträgt, auf die entschädigungspflichtigen Unfälle bezogen, 8,05 auf 1000 Vollarbeiter. Diese Durchschnittsziffer wird von einigen Berufsgenossenschaften zum Teil sehr erheblich überschritten. So hatten auf je 1000 Vollarbeiter die Bauberufsgenossenschaften 10,50 entschädigungspflichtige Unfälle, die Holzberufsgenossenschaften 10,94, Mülerei-berufsgenossenschaften 12,19, Knappschaftsberufsgenossenschaften und Tiefbauberufsgenossenschaften je 15,05, Steinbruchsberufsgenossenschaften 15,54, Binnenschifffahrt 16,16 und die Fuhrwerksberufsgenossenschaft hält den Rekord mit 18,83 entschädigungspflichtigen Unfällen auf 1000 Vollarbeiter.

An Entschädigungen aller Art zahlten die gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1914 die stattliche Summe von 127 278 993 M. Darunter befinden sich 82 567 643 M. Renten und Verletzte. Diese Summe verteilt sich auf 437 076 Renteneempfänger. Somit kommt auf eine Unfallrente ein durchschnittlicher Jahresbetrag von 188,91 Mark.

Diese angeführten Zahlen sprechen Bände für sich. Aus denselben geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß trotz aller Unfallverhütungsvorschriften, doch noch viel von den einzelnen Unternehmern gesündigt wird. Aufgabe der Arbeiterorganisationen, sowie jedes einsichtigen Sozialpolitikers muß es sein, ihr ganzes Hauptaugenmerk darauf zu richten, Wege zu suchen, die derartige Zahlen immer mehr verschwinden lassen. Rücksichtslose Bekämpfung für Uebertretung der Unfallverhütungsvorschriften muß die erste Forderung sein.

Unsere Kriegswaisenfürsorge!

Daß jede Kriegswaise, die den Ernährer und Beschützer dem Vaterlande hat opfern müssen, Anspruch auf besondere Fürsorge hat, ist für uns Deutsche etwas ganz Selbstverständliches. Gewiß wird das Reich unsere Kriegswaisen in würdiger Weise vor Not schützen. Die staatliche Fürsorge wird aber auch hier über ein gewisses Maß hinausgehen. Lehre, Studium oder sonstige Ausbildung der Jungen und Mädchen, ihre Ausstattung beim Eintritt in das Leben, die Konfirmation- oder Kommunion-Aussteuer verlangen aber weitere Mittel.

Hier eröffnet sich ein weites Feld für die freiwillige Fürsorge, die über die Fragen der Gegenwart die Erfordernisse der Zukunft nicht vergessen möchte.

Männer- und Frauenvereine jeder Art, industrielle und kaufmännische Unternehmungen, politische und kirchliche Gemeinden wie auch Einzelpersonen, namentlich Junggeheilen, alleinstehende Frauen, kinderlose Ehepaare usw. können als Kriegspatzen mitwirken, die den Kriegswaisen gegenüber doppelt schwerwiegende väterländische Dankeschuld abzutragen.

Einen empfehlenswerten Weg bietet unsere gemeinnützige Deutsche Kriegswaisenfürsorge, mit ihrer neugeschaffenen „Deutschen Kriegswaisenfürsorge“, die sie als Waisenfürsorgeunternehmen betreibt und auf die Zwecke einer freiwilligen, sozialen Kriegswaisenfürsorge besonders zugeschnitten hat.

Bei möglichst kleinen Beiträgen sollen möglichst hohe Summen geboten werden. Der Charakter als Wohlfahrtsunternehmen kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Beiträge voll und unverkürzt mit Zins und Zinseszinsen bis zu 4 Prozent überlebenden Kriegswaisen zugute kommen, während lediglich die 4 Prozent übersteigenden Zinsen zur Deckung der Unkosten verwendet werden. Die tarifmäßig garantierte Versicherungssumme erhöht sich daher um die Ueberschüsse aus dem Sterblichkeits- und Zinsgewinn die, wie gesagt, auf die überlebenden Kriegswaisen restlos verteilt werden. Werden z. B. für eine 5 Monate alte Kriegswaise einmalig 102 Mark eingezahlt, so gewährt die Deutsche Kriegswaisenfürsorge nach Ablauf von 16 Jahren die garantierte Versicherungssumme von 200 Mark und außerdem die Ueberschüsse aus dem Sterblichkeits- und Zinsgewinn: der jährliche Beitrag für die gleiche Summe würde 9 Mark, der halbjährliche Beitrag 4,60 Mark betragen.

Zulässig ist eine Versicherungssumme von 50 Mark bis zu 2000 Mark auf das Leben der einzelnen Waise. Vereine, Korporationen usw. können die Beiträge einmalig, halbjährlich und jährlich, Einzelpersonen jedoch nur in einer Summe einzahlen. Für solche Einzelpersonen, die laufende Beitragszahlung vorziehen oder z. B. zu der laufenden Beitragszahlung der Mutter oder des Vormunders zugreifen einer Kriegswaise einen Teil beisteuern wollen, bietet die bekannte und bewährte Versorgungs- und Kinderversicherung nach Tarif III und IV unserer gemeinnützigen Waisenfürsorge die günstigste Gelegenheit.

Die letztgenannten Tarife werden bekanntlich von anderen Unternehmen ausschließlich als Kriegspatzenversicherung empfohlen, während unsere Waisenfürsorge mit der „Deut-

lichen Kriegsversicherung“ die nötige Ergänzung dieser beiden Tarife ins Leben gerufen hat und somit durch umfassende Versicherungseinrichtungen allen Möglichkeiten gerecht wird.

■ ■ ■ Aus den Ortsvereinen. ■ ■ ■

Halle. Am Sonnabend den 18. März kam es in unserer Ortsvereinsversammlung nach Schluß der Tagesordnung zu einer recht interessanten und stillen Feier. Könnte doch unser Ortsverein am 26. Februar auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Eigentlich war ja diese stille Feiertag schon in der Februarversammlung geplant, es wurde aber, weil wir in derselben Kollegen Volkmann bei uns sahen, davon Abstand genommen, um die wichtigen Fragen zu erledigen. Interessant ist es nun immerhin, daß von den Begründern nur noch einer am Leben ist und zwar der Kollege Gustav Röhm, welcher bereits am 30jährigen Stiftungsfest zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Derselbe gab nun über die Gründung, sowie über die Begründer selbst, verschiedene alte Erinnerungen zum Besten, was alleseitig freudig begrüßt wurde. Leider war auch diese Versammlung nicht sehr gut besucht, was im allgemeinen trotzdem der Ausschluß sich die größte Mühe gibt, die Tagesordnung möglichst interessant für jeden aufzustellen, jetzt immer der Fall ist. Aber wir werden trotzdem aus- und durchhalten und wenn unsere Kollegen im Felde diese Nummer der „Eiche“ in die Hände bekommen, weil wir sie ihnen zusenden, so werden sie auch in stiller Andacht dieser Feier gedenken.

Soffen wir nun, daß ihr lieben Kollegen, die ihr da draußen für uns kämpft, siegreich zurückkehrt und mit vollem Eifer wieder in unsere Reihen des Gewertvereins eintrittet und dann hoffentlich ein frischer Aufschwung sich zeigen wird.

Otto Schredenbach, Schriftführer.

■ ■ ■ Rundschau. ■ ■ ■

Die Humboldt-Akademie Freie Hochschule in Berlin

bietet in ihrem Vorlesungsverzeichnis für das 2. Lehrvierteljahr 1916 eine Fülle von Belehrung und Unterweisung aus allen Zweigen der Wissenschaft durch den vereinigten Lehrkörper der beiden Volkshochschulen, dem bewährte Dozenten und hervorragende Redner angehören. — Wir empfehlen unseren Mitgliedern und Lesern besonders die folgenden Vorlesungen:

Dr. B. Wille „Unsterblichkeit“ Niederwallstraße 12, Mittwoch 8½—10, Beg. 8. Besonders erwähnt seien die Vorlesungen für Arbeiter nebst Führungen und Einzelabenden. Es finden folgende Vorlesungen statt: „Volkstum und Volkslied“ Oberlehrer Schmidt; „Der Ring des Nibelungen“; G. Ernst „Der elektrische Strom und seine Wirkungen“ Dr. H. Schimank; „Nationalökonomie“ Dr. F. Vorchart; „Hygiene des Mannes“ Dr. M. Hirschfeld; „Vortrags- und Redekunst“ R. Müller-Hausen; „Hygiene des Auges“ Dr. J. Wurm; „Welt- dichter und Weltlichtungen“ R. W. Goldschmidt. Die Vorlesungsverzeichnisse sind bei Mitgliedern des Hörer-ausschusses, durch Konsumgenossenschaftsläden, durch Tieg, C. und D. usw. und durch das Hauptbüro der Humboldt-Ak. Fr. Hochschule, Kurfürstendamm 166, I erhältlich.

Die Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Stadt und Land.

Unter dieser Ueberschrift wird in der nächsten Nr. 25 der „Sozialen Praxis“ von Prof. Paul Elybacher, z. Zt. Rektor der Handelshochschule Berlin, ein Aufsatz erscheinen, in dem auf eine bisher noch fast gänzlich beachtete ungerechte Bevorzugung der ländlichen Bevölkerung gegenüber den Städtern hinsichtlich der Versorgung mit Nahrungsmitteln hingewiesen wird. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen gibt uns die Möglichkeit, schon jetzt einige wichtige Stellen des sehr beachtenswerten Artikels wiederzugeben.

Der Verfasser geht von der Tatsache aus, daß nach dem letzten Jahresbericht der Landesversicherungsanstalt für Brandenburg die große Mehrheit der Invalidenrentenbewilligungen durch Entkräftung und Blutmangel der Renteneempfänger notwendig geworden sind. Er sagt hierzu: „Wenn jetzt in vielen Fällen Unterernährung mit ihren schädlichen Folgen eintritt, so beruht dies nicht auf einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern auf deren ungleichmäßiger Verteilung zwischen Stadt und Land“. Das an sich richtige Bestreben, den wohlhabenden Städtern zugunsten der Minderbemittelten durch Rationierungskarten den übermäßigen Verbrauch unmöglich zu machen, hat wirtschaftlich keine große Bedeutung. Die Zahl der Wohlhabenden ist im Verhältnis zu gering, als daß sie selbst bei überreichlicher Ernährung den großen Massen viel entziehen könnten. 1914 hatte Preußen 41 Millionen Einwohner, unter ihnen machten diejenigen, die ein Einkommen von 3000 M. oder mehr verkauerten, mit ihren Familien nur 3 Millionen aus. Sind in einer Großstadt mit 300 000 Einwohnern reichlich Nahrungsmittel vorhanden, so schadet es nichts, wenn 10 000 Wohlhabende schwelgen; fehlt es einer solchen Großstadt an Nahrungsmitteln, so hilft es wenig, wenn diese 10 000 sich gleich den übrigen einschränken. Ungleich wichtiger als eine richtige Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Reich und Arm ist ihre richtige Verteilung zwischen Stadt und Land. Nach der Zählung von 1910 wohnten von den 65 Millionen Menschen, die damals das Deutsche Reich hatte, 33 Millionen in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, 32 Millionen in größeren Gemeinden. Wenn in einer Stadt von 300 000 Einwohnern 10 000 Wohlhabende zuviel essen, ist dies für die 290 000 Indemittelten ziemlich bedeutungslos. Wenn dagegen 33 Millionen Menschen mehr als nötig essen, so muß bei den 32 Millionen in den größeren Städten notwendig Mangel die Folge sein.“

Bei der Untersuchung der Frage, ob denn wirklich diese Ungleichmäßigkeit der Nahrungsmittelverteilung besteht, kommt Prof. Elybacher zu der Feststellung, daß der Landwirt zunächst einmal seinen eigenen Bedarf sichert. Als unangenehme Seite der Höchstpreise bezeichnet er, daß der Bauer in diesem Bestreben sogar bestärkt wird. Zum anderen hat die Landbevölkerung aber auch mehr als sonst Mittel zum guten Leben. „Aus den Berichten ländlicher Kreditgenossenschaften geht hervor, daß ihnen während des Krieges viel größere Summen

zuflossen als in der vorausgegangenen Friedenszeit. Hat der Landwirt aber reichlich Geld, so fällt für ihn ein Anreiz fort, seine Erzeugnisse zu verkaufen, und er wird infolge dessen besser leben. Hierher gehört ganz besonders der reichliche Gewinn von Schweinefleisch.“ Das ergibt sich aus folgender Uebersetzung: Die Verminderung des Schweinebestandes betrug nur etwa 20 v. H. Die Zufuhr von Schweine- und Schweinefleischwaren nach den größeren Städten hat sich viel mehr vermindert. Weniger die Gewichtsverringeringer oder die Bedürfnisse des Heeres als vielmehr der stärkere Fleischverzehr der Landbevölkerung sind die Ursache. Schließlich werden die Städter noch durch Mästung der Schweine zum größten Teil mit Stoffen, die zur menschlichen Ernährung geeignet sind, und von dem die Hälfte im Schweine verloren geht, benachteiligt.

„Mit dieser Feststellung soll unseren Landwirten kein Vorwurf gemacht werden. Der einzelne Mensch ist sich in der Regel nicht bewußt, was sein Handeln in Verbindung mit dem gleichen Handeln vieler anderer für die Gesamtheit bedeutet.“ „Es muß einmal darauf hingewiesen werden, daß die gegenwärtige Notlage in den Städten nicht darauf beruht, daß es dem deutschen Volke an Nahrungsmitteln gebricht, sondern darauf, daß diese nicht richtig zwischen Stadt und Land verteilt sind. Es muß alles Erdenkliche geschehen, um diesen Mangelzustand, der durch die bisherigen Maßnahmen nicht verhindert, sondern gesteigert worden ist, schnell und mit Entschiedenheit zu bekämpfen.“

Rückzugsstrategie der Schnapsbrenner.

Eine vernünftige Regierungsmaßnahme muß man in dem Versprechen der Reichsleitung erblicken, daß die vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen und von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft scharf bemängelte, von der unabhängigen Tagespresse ebenfalls heftig verurteilte Freigabe von 900 000 Doppelzentner Brotgetreide für Schnapszwecke nicht wiederholt werden wird, ganz gleich, wie sich auch die künftige Ernte gestalten möge. Dieser Erfolg der öffentlichen Meinung scheint den Branntweininteressenten sehr unangenehm zu sein. Das ergibt sich aus einem mit Uebersetzungen von „amtlicher Stelle“ gefüllten Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 18. März. Darin werden die Meinungen der Verfasser des vom Konsumenten-ausschuß kürzlich veröffentlichten Gutachtens, des hochverdienten Forschers, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Junk, und seines Mitarbeiters, Dr. von der Hende, beide an der Landwirtschaftlichen Hochschule, als „pseudowissenschaftlich“ hingestellt, obwohl der „D. T.“ die Namen dieser Autoritäten gar nicht bekannt waren. Gleichzeitig wird versucht, die bei der Schnapsbrennerei in den jetzigen Zeiten knapper Kornvorräte nun einmal nicht wegzuleugnende Vergeudung unserer Brotmengen geradezu als einen Gewinn anzurechnen. Dem Kriegsausschuß wird mangelhafte Kenntnis der Verhältnisse vorgeworfen, wie es von Seiten der Interessenten immer geschieht, wenn ihre Sonderinteressen in Gefahr sind. Für die gesamte Öffentlichkeit am wichtigsten jedoch ist folgende Mitteilung der „amtlichen Stelle“. „Bisher sind 800 000 Tonnen der Kornspirituszentrale zugewiesen worden. Das Höchstquantum von 45 000 Tonnen wird vermutlich nicht erschöpft werden. . . . Offenbar weiß die „amtliche Stelle“ bereits, daß die restlichen 37 000 Tonnen eine andere Verwendung finden könnten, als den Branntweinfabrikanten erwünscht ist. Die Angriffe sollen daher wohl nur den unvermeidlichen, bald offensichtlichen Rückzug der Interessenten decken. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen fordert jedenfalls eine schnelle Rettung dieser großen Brotkornmengen vor der Brennerei und eine Freigabe zur direkten Volksnahrung, als Kornkaffee und Roggenmehlsuppen.“

Großstädtische Kartoffelforgen.

Nach einer Erhebung des Münchener Bezirksauschusses für Konsumenteninteressen gab es dort bei völlig ungenügender Gesamtversorgung vom 16. bis 18. März 1916 in 89 Geschäften gar keine Kartoffeln, in nur 9 Geschäften Kartoffeln zum alten Preise von 4,2 Pfg., dagegen in 152 Geschäften Kartoffeln zum neuen Preise von 6,5 Pfg. das Pfund. Die Erklärung dafür, daß trotz nachweislichen Fehlens einer Zufuhr von außen, auf einmal wieder Kartoffeln zu haben sind, liegt ausschließlich in der Vermutung, daß zum größten Teil aus alten Beständen zu neuen (erhöhten) Preisen verkauft wird.

Hanfsterforgen.

Es gibt unter den Hausfrauen auch heute noch ängstliche Gemüter, die der fürsorglichen Geminnung der Behörden kein unbegrenztes Vertrauen schenken; im Gegenteil, sobald „Maßnahmen“ angekündigt werden, ziehen sie aus und kaufen. Leider verstehen sie zwar vorzüglich noch nicht versiegt Bezugsquellen ausfindig zu machen, haben in der Regel auch Geduld und Ausdauer im Warten in der langen Kette vor den Läden, aber sie verstehen es nicht, die eingehampten Vorräte vor dem Verderben zu bewahren. Da vertrauen sie ihre Sorgen dem „Briefkasten“ an und fragen: Was tut man mit dumpfigem Mehl, mit stotigen Hagerloden, mit ranzigem Öl, mit verdorbenen Butter? Der Briefkastenmontel ist geduldig, nur ab und zu entfährt einem seiner Mitarbeiter eine etwas ironische Antwort, indem er vielleicht rät, das ranzige Speiseöl zum Stiefelshieren zu gebrauchen. Wie wäre es, wenn die Behörden sich das Vertrauen, das die Hanfster zu den Briefkastenredaktionen haben, zu nahe machten und die Vorratslager ausräumten? Nicht so sehr, um den stolzen Besitzern das Vergnügen zu stören, als nur die noch unverdorbenen Waren vor dem Schicksal der Öle, Butter, Mehle usw. zu bewahren. Die Schriftleitungen könnten doch leicht angehalten werden, die Namen bekannt zu geben. Jarte Rücksicht ist gegenüber den unverbesserlichen Mitgliedern der Hanfsterfamilien ebensowenig am Platze wie gegenüber Kriegsspekulanten!

Die schwarze Dame.

Märzmittag, grau und naß. Voll Mitleid sehen die Jahrgäste der elektrischen Bahnen auf die langen Reihen der Frauen und Kinder vor den Butterläden, die, von einem Schatzmann geführt, warten, bis endlich die Reihe an sie kommt, bis auch sie in wenig Butter zum Brot erlangen. — Und von der Butter kommt auch das Gespräch leicht zum Brot, zum täglichen Brot überhaupt. Die Frauen im Wagen tauschen ihre Erfahrungen und Beobachtungen aus bei Päckern, Fleischeren, Marktweibern und eben schließlich bei der „Schwarzen“. Die „Schwarze“ hat es ihnen angetan. Sie ist gar nicht froh, auf dem Markte, in den Läden schließlich für teures Geld die erwünschte Ware bekommen zu haben. Sie vergleicht die

geforderten Preise mit den Preistafeln, mit den Höchstpreisen und hat sogar schon Anzeigen erstattet. „Das ist für unser Land doch nicht angenehm.“ Weil wahrscheinlich „unserer“ oft mitbestraft werden müßte wegen Ueberschreitung der Höchstpreise. Es wäre nur zu wünschen, daß recht viele „schwarze Damen“ ihr Kontrollrecht ausüben und dabei den übrigen Kaufleuten klar machen, daß nach dem Gesetz Käufer und Verkäufer die Strafe für Verletzung der Höchstpreisverordnungen zu zahlen haben. Wenn aber „unserer“ Stellung für die Uebertretungen der Händler und gegen die „Schwarzen Damen“, die lediglich ihre Pflicht tun, nehmen, so sind die wohlmeinendsten Behörden im Kampfe gegen die Uebertretung machtlos.

□ □ □ Aus der Rechtsprechung. □ □ □

Die mediko-mechanische Behandlung in den Krankenkassen.
Grundsätzliche Revisionsentscheidung des Reichsoberverwaltungsamtes.

Die überwiegende Meinung in Literatur und Rechtsprechung unter der Herrschaft des Krankenversicherungsgesetzes rechnet die mediko-mechanische Behandlung den Heilmitteln zu, weil die persönliche Tätigkeit des Arztes dabei fast ganz in den Hintergrund trete. Diese Auffassung kann aber nach der Reichsversicherungsordnung nicht mehr aufrecht erhalten werden. Dem nach § 122 Reichsversicherungsordnung umfaßt die ärztliche Behandlung auch die „Hilfeleistungen anderer Personen, wie Baber, Heilgehilfen, Masseure und dergl. dann, wenn der Arzt sie anordnet. Im vorliegenden Falle hat der Arzt die Anwendung der mediko-mechanischen Behandlung angeordnet, auch hat er ihren Erfolg fortlaufend überwacht und sogar bei der Einlegung des verletzten Gliedes in den Apparat persönlich mitgewirkt. Es liegt hier also jedenfalls eine auf Grund ärztlicher Anordnung erfolgte und auch vom Arzt dauernd überwachte Hilfeleistung vor, die nach § 122 a. a. O. als ärztliche Behandlung anzusehen ist und zu deren Gewährung auf die Dauer von 26 Wochen die beklagte Kasse nach § 182 No. 1 Reichsversicherungsordnung verpflichtet ist. Daß im übrigen durch die Verpflichtung der Krankenkassen, eine mediko-mechanische Behandlung, falls sie vom Arzte angeordnet und ihr Ergebnis vom Arzte überwacht wird, als ärztliche Behandlung und nicht mehr als Heilmittel zu gewähren, die Volksgesundheit wesentlich gefördert wird, kann bei der steigenden Bedeutung dieser Heilungsart wohl nicht bezweifelt werden. (Aktenzeichen 11- K 27/15.)

Patentwesen
Patentamt des Reichsoberverwaltungsamtes, Berlin NO 18, Postfach 10000, Telephon 10000.

Erteilte Patente:

- RI. 34 291 270: Schrank mit Fachenteilung. A. Heerdt, Frankfurt a. M. Angemeldet am 5. 4. 14.
- RI. 75 291 262: Verfahren zur Verzierung von Holz, Kompositionsmasse oder anderen Stoffen. M. Wiesemann, Götting. Angemeldet am 7. 4. 15.
- RI. 30 291 526: Verfahren zur Imprägnierung von Holzarten. C. Gangloff, Leipzig. Angemeldet am 16. 12. 14.
- RI. 34 291 367: Vorrichtung zum Ausziehen und Anheben einer Tragplatte an Schreibmaschinen, Schränken usw. Büro-Einrichtungsfabrik Fortschritt G. m. b. H. Freiburg i. Br. Angemeldet am 1. 6. 15.
- RI. 34 291 303: Toilettenstuhl. Fr. Wolter, Helmstedt. Angemeldet am 6. 8. 15.
- RI. 34 643 005: Zusammenklappb. Stehleiter. K. Bithorn & Co. Upernavik i. Ergab. Ang. am 27. 1. 16.
- RI. 34 643 127: In einem Röhrenstück eingebaute Kochkiste. D. Weindel, Frankfurt a. M. Ang. am 1. 2. 16.
- RI. 37 642 389: Knotenverbindung für Holzkonstruktionen. F. Stephan, Düsseldorf. Angem. am 16. 7. 15.
- RI. 68 642 925: Oberlichtverchlus. Wd. Weibel, Elberfeld. Ang. am 1. 2. 16.

Gebrauchsmuster.

- RI. 34 643 005: Zusammenklappb. Stehleiter. K. Bithorn & Co. Upernavik i. Ergab. Ang. am 27. 1. 16.
- RI. 34 643 127: In einem Röhrenstück eingebaute Kochkiste. D. Weindel, Frankfurt a. M. Ang. am 1. 2. 16.
- RI. 37 642 389: Knotenverbindung für Holzkonstruktionen. F. Stephan, Düsseldorf. Angem. am 16. 7. 15.
- RI. 68 642 925: Oberlichtverchlus. Wd. Weibel, Elberfeld. Ang. am 1. 2. 16.

- RI. 68 643 194: Schutzvorrichtung gegen Einklemmen an Türen aller Art. C. Baumann, Roda, S.-M. Angem. am 2. 5. 14.
- RI. 77 643 064: Tischbillard. G. Gahler, Nassachmühle, Röh Uthigen. Ang. am 17. 6. 15.
- RI. 34 643 505: Nach zusammenlegbare, eiserne Bettstelle, mit veränderbarer Liegefläche. Carl Würth jr. Würzburg. Angemeldet am 14. 2. 16.
- RI. 34 643 472: Schiebekasten für Küchengefäße. Dr. M. Ehrlich, Bonn a. Rh. Angemeldet am 28. 1. 16.
- RI. 38 643 242: Von Hand zu leitendes Holzschleifwerkzeug. G. Uhlig, Basel. Angemeldet am 24. 2. 15.
- RI. 34 643 013: Frittschneidert für Bettstellen mit Verbindungs-Aussparungen aus Bandstücken. Th. Koch, Schwab. Gmünd. Angemeldet am 3. 2. 16.
- RI. 34 643 685: Zusammenlegbarer Tisch mit abgefederten Füßen. G. Wagner, Straubing, Niederbayern. Angemeldet am 8. 2. 16.
- RI. 34 643 787: Zusammenklappbarer Feldtisch für Militär und Reisezwecke. C. Wolff, Lindau i. Bodensee. Angemeldet am 18. 2. 16.
- RI. 34 643 811: Viermännige Bettstelle. V. Hentschel, Hannover. Angemeldet am 22. 1. 16.
- RI. 34 643 989: Stütze für Klappstühle, Klappstühle, Klappbetten usw. M. Kupte, Ohligs. Angemeldet am 28. 2. 16.
- RI. 34 643 940: Verstellbares, mit drehbaren Strebhaltern versehenes, zusammenklappbares Les- und Noten-Pult. J. Küster, Dortmund. Angemeldet am 24. 1. 16.
- RI. 38 644 082: Pneumatischer Postkoffer. Carl Weiß und Cie., Leonberg. Angemeldet am 15. 2. 16.

Literarisches.

Wilhelm Conrad Gomoll, Im Kampf gegen Rußland. Leipzig, J. A. Brockhaus, 1916. 180 Seiten (in Format und Ausstattung der Soldatenausgaben von Hedins „Volk in Waffen“ und Wegeners „Wall von Eisen und Feuer“ mit 42 Bildern. 1 Mart.

„Im Kampf gegen Rußland.“ — Der Krieg im Osten beherrscht dem Kriegsberichterzähler, als der Wilhelm Conrad Gomoll, der Berliner Lyriker und Romanist, seit Herbst 1914 im Osten weilt, ganz andere Ergebnisse als der starre Verteidigungskampf im Westen. Die von heute auf morgen unberechenbare Welle der Ereignisse wirft ihn hierhin und dorthin, überrascht ihn in den Schützengräben und Unterständen, wirbelt ihn mitten hinein in die gefährliche Brandung, wo das Knattern der Maschinengewehre und das Heulen und Krachen der Granaten fast die Bestimmung ersticht, und sehr ihn wieder aus in die elenden Quartiere in einem vorläufigen, aber keineswegs paradiesischen Lande, das mit den Worten „russischer Winter“ und „russischer Dred“ vollauf charakterisiert ist. Der Mann der Feder ist hier im wahren Sinne des Wortes „im Kampf gegen Rußland“, er ist überall „mit dabei“. Er liegt mit den Soldaten in den schauerhaftesten Baracken, Ställen und Erdlöchern auf ein und derselben Streu, er ist mit ihnen Gast der Feldküche, mit ihnen im Artilleriefeuer und beim Sturmangriff; beim Schanzengraben und bei der Kaiserparade leistet er ihnen Gesellschaft, Alarm-signal oder Telephon reißt ihn wie sie aus dem Schlaf. Der Zusammenhang mit der Truppe wird dadurch so eng wie nur denkbar, der erschütternde Ernst des Krieges wie sein Gegenbild, der unermüdete Humor, der gerade an der Ostfront grösste Blüten treibt, stehen ihm unmittelbar vor Augen, und, selbst ein Kind des Volkes, steht der „Herr Kriegsberichterzähler“ mit den Soldaten auf Du und Du, ohne dabei die enge Fühlung mit der obersten Heeresleitung zu verlieren. So leidet und frohlockt er mit unsern Feldgrauen, sieht er aus nächster Nähe ihre übermenschlichen Leistungen auf grundlosen Marschwegen, in Frost und Schnee, Morast und Regen, ihr zähes, unbeeugliches Durchhalten, ihre vorbildliche Manneszucht und ihr siegesgewisses Draufgehen. So erlebt er mit ihnen die stolzen Tage von Lobz und Lewitz, an der Rawka und Buzra, von Gorlice-Tarnow und Jaroslau, von Przemyśl und Lemberg, und schließlich von Warschau und Nowo-Georgiewsk. Beim Heere Hindenburgs ist er in Polen, bei den Truppen Macken-

sens in Galizien und bei der Heeresgruppe des Prinzen Leopold von Bayern vor Warschau. Deutsche, Oesterreicher und Ungarn sind seine täglichen und nächtlichen Feldkumpane, und die deutsch-oesterreichlich-ungarische Waffenbrüderschaft ist ein leuchtendes Symbol seines Buches. Gomoll hat hier ein urdeutsches Soldatenbuch geschaffen, das nicht nur bei den deutschen Kriegern im Feld und ihren Angehörigen daheim, sondern ebenso auch in ganz Oesterreich-Ungarn mit heller Freude gelesen werden wird. Eine stattliche Reihe vom Verfasser aufgenommener, abwechslungsreicher und fesselnder Abbildungen vermehrt den Wert des Buches.

Zur gefälligen Kenntnisnahme!

Für die auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen haben wir in unserem Organ eine ständige Ehrentafel eingerichtet. Wir beabsichtigen in Zukunft auch regelmäßig darüber Mitteilung zu machen, wenn Kollegen von uns für besondere Auszeichnungen das eiserne Kreuz erhalten haben oder sonst in einer anderen Weise ausgezeichnet wurden. Wir bitten die Vereinsmitglieder dringend, uns die entsprechenden Mitteilungen regelmäßig zugehen zu lassen. Fürs erste möge auch über solche Fälle berichtet werden, welche schon zurückliegen. Wir glauben es unseren für die Existenz des deutschen Vaterlandes kämpfenden Kollegen schuldig zu sein, wenn wir fortlaufend derer gedenken, die in dem schwereren Kampfe ihr Leben lassen oder die infolge des Einsatzes ihres Lebens dekoriert oder ausgezeichnet wurden. Für die Benachrichtigung genügt eine Postkarte.

Sterbetafel.

In den Monaten Januar bis einschließlich 31. März 1916 sind nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. Frauen des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands gestorben:

Stammrollen-Nr. des Verstorbenen	Name des Verstorbenen	Name des Vereins	Gezahltes Sterbegeld		
			Gewerke	Wittens	Wittens
4100	G. Blegert	Mothenhal	50	—	—
211	H. Siffad	Baugen	50	55	—
2463	D. Jähne	Obbau	50	75	—
457	Frau Miltzer	L.-Lindenu	—	—	180
829	A. Weiß	Berlin II	50	75	—
5757	R. Sachse	Halle	50	—	—
4897	A. Junginger	Wlm	60	75	—
10243	B. Helbig	Zeitz	30	—	—
348h	Frau Kühn	L.-Lindenu	—	—	180
4414	G. Hartung	Stahfurt	50	75	90
648	A. Schwent	Wlm	—	55	—
444	R. Döbel	Muthenow	—	35	—
2525	F. Weiß	Fürth	50	95	—
4261	R. Hahn	Schweidniz	60	75	—
6843b	Frau Gebhardt	Weizenfels	—	—	144
659	Frau Beer	Wieschau	—	—	144
2523	G. Schielein	Fürth	50	—	—
520b	Frau Döhrling	Berlin V	—	—	180
9241	B. Heber	Deffau	45	—	—
346	Frau Hartmann	L.-Lindenu	—	—	180
2481	A. Wenting	Fürth	50	75	90
Summe:			645	690	1188

Ruhet in Frieden!

Berlin, den 1. April 1916.

W. Zietze, Hauptkassierer.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 14. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig.

Anzeigen.

Burg b. Magdeburg. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsbeitrag, beim Kassierer Wilh. Orsinger, Holzstraße 2.

Frankfurt a. M. Das Arbeitersekretariat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerkevereine befindet sich Alte Mainzerstraße 90. Durchreisende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.

Wilm a. D. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Quartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Seufel, Steingasse 30, Köhlerstraße, Spingergasse, zu entnehmen.

Sera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkevereinskollegen wird ausbezahlt bei H. Schneider, Köhlerstraße 62.

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten: 1. -Kassierermittlung auf dem Arbeitersekretariat, Köhler Str. 77.

Wilm a. D. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Ortsverband, am 1. April 1916 in Spingergasse 30, Köhlerstraße 30.

Wilm a. D. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Ortsverband, am 1. April 1916 in Spingergasse 30, Köhlerstraße 30.

Wilm a. D. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Ortsverband, am 1. April 1916 in Spingergasse 30, Köhlerstraße 30.

Kollegen, schützt Frau und Kinder für den Fall Eures frühzeitigen Todes, sorgt

für Euer Alter sowie für die Ausbildung und Aussteuer oder den Sterbefall Eurer Kinder bei unserer gemeinsamen Volksversicherung. — Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine H.-D.

Verlangt kostenlose Auskunft bei unseren örtlichen Verwaltungsstellen oder im **Verbandsbureau Berlin NO. 55, Greifswalder-Str. 221/23.**

„Die Eiche“

Organ des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands

Jahrgang 1915

aus feinem Schreibpapier gedruckt, lambr gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsvereine zum Preise von **RM. 3,50** einschließlich Porto zu beziehen durch die Expedition in Berlin NO. 55, Greifswalder Straße Nr. 221-23.

Jährliche Jahrgänge kosten nur **RM. 2,50** per Exemplar.

Für jeden strebsamen Gewerkevereiner

sind folgende Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Vorbearbeitung anstehend:

- Tätigkeitsbericht** für die Jahre 1910 bis 1912, erstattet vom Verbandsvorsitzenden K. Goldschmidt;
- Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Gross-Industrie**, von W. Gleichauf;
- Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis**, von M. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pf., 10 Stück 80 Pf., 20 Stück 1,50 M. und 50 Stück 3,75 M. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO 55, Greifswalder Straße 221/23, zu richten.



Einheitliche Vereinsabzeichen.

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsabzeichen kosten das Stück 50 Pfg., Manschenkopfe das Paar 1 M., und werden dieselben — nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zietze — sofort den Vereinen zugesandt.

Wilm a. D. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mf. Unterstützung als Ortsverbandsbeitrag, beim Kassierer O. E. P. e. n. d. o. r. f., Hallischestraße 27.

Wittenfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsbeitrag von 75 Pfg. bei den Ortsverbandskassierern ihres Berufs; sind Berufe nicht am Orte vertreten, beim Verbandskassierer O. E. P. e. n. d. o. r. f., Hallischestraße 27.

Wilm a. D. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Mf. bei W. Mayer, Josefst. 30.
Wilm a. D. (Ortsverband). Verpflegungsgeld für durchreisende Gewerkevereinskollegen beim Ortsverbandskassierer Paul Wuttke, Georgenstr. 3. Verbandskassierer „Prinz von Preußen“, Bismarckstraße.

Leipzig. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsbeitrag beim Ortsverbandskassierer. Für Abendbrot und Nachquartier haben dieselben im Lokal „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstr. 25/27 Galtigkeit.

Jena. Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Köster, Greifgasse 2, Ecke Oberlauenpfogasse.

Schweidniz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungsgeld im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsverbandskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Wd. Reinert, Margarethenplatz 13.